

Politische Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **25 (1945-1946)**

Heft 2

PDF erstellt am: **08.08.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

dungen, die weit über die Problematik seiner «Bildung» hinausgehen. Und damit habe ich vielleicht auch den Satz etwas verständlicher gemacht, in den meine Ausführungen über «Bachofen und die Zukunft des Humanismus» mündeten: der Humanist müsse, falls er aus der Weltkatastrophe heil wegkommt, neben Apollon und Dionysos auch dem Asklepios Verehrung darbringen. Denn Einsichten in jene Tiefen der Menschlichkeit, die sich am klassisch-einfachsten in den hohen Werken der griechischen Klassik, am archaisch-reichhaltigsten aber in den mythologischen Schöpfungen (die deswegen nicht weniger charakteristisch-griechisch sind) aussprechen, stehen auch schon unter dem Zeichen des Gottes der Ärzte. Zur Zeit der Budapester Besprechung und des Entstehens meines Apollon-Büchleins schwebten nur zwei Möglichkeiten des Humanisten-Seins vor meinen Augen: Wolf zu sein der Ungeistigkeit gegenüber, Schwan vor der höchsten Reinheit des Geistes. So faßte ich es damals, im Bilde der beiden symbolhaften Tiere des Gottes. Heute weiß ich — historisch-philologisch und menschlich-erfahrungsgemäß — daß auch das in der Nacht sanft aufleuchtende Asklepiosantlitz eine apollinische Erscheinung ist. Wahrheit, Klarheit und Heilung sind wurzelhaft eins. Nach ihnen strebt der Mensch, wenn er im großen Humanismus und in den kleinen humanistischen Studien Selbsterkenntnis erstrebt. Ob er dann, wenn er sie erreichte, nicht schon über sich selbst hinaus wäre? Diese Frage bezeichnet gleichsam die obere Grenze des Humanismus und das Ende dessen, was ich in diesem Briefe ausführen wollte.

Ascona, Villino del Sognò, März 1945.

★ Politische Rundschau ★

Zur Lage

Die endgültige *Niederschlagung Deutschlands* und damit der entscheidende Schritt zur *Vernichtung des Nationalsozialismus*, der so viel Unheil und Elend über Europa und die Welt gebracht hat, und zu der Zeit, da er sich auf dem Höhepunkt seiner Macht befand, ein so großes Maß von Verwirrung auch in so zahlreichen neutralen Köpfen anzurichten vermochte — diese beiden Elemente, die durch die Schuld des deutschen Volkes so eng zusammenhängen, haben kaum irgend ein besonderes Aufsehen mehr erregen können. Im Gegenteil — die Entwicklung war seit langer Zeit in einem Maße klar vorausbestimmt, daß beispielsweise die Tatsache von *Hitlers Tod* niemandem mehr irgendwelche Bewegung abzulocken vermochte. Auch kann die sukzessive Aufstöberung seiner engsten Mitarbeiter und ihre mehr oder weniger interviewbegleitete Abführung in die Gefangenschaft höchstens noch ein gewisses komisches Interesse erwecken; — auffallend aber und in einem ganz bestimmten Sinne nun allerdings symptomatisch ist in diesem allgemeinen Zusammenbruch freilich die hohe Zahl der *Selbstmorde* unter der nationalsozialistischen Führung, die

damit klar beweist, was man eigentlich auch nicht anders erwartet hatte: daß sie nämlich gut und gern das Volk mit schönen Reden in das Elend führten, um es dann am Ende einfach seiner Verzweiflung zu überlassen.

So wird sich nun das allgemeine Interesse in erster Linie nach dem Bilde richten, das sich die Welt von den *kommenden Dingen in Deutschland* zu machen hat. Allein hier scheint nun freilich noch recht wenig vorbestimmt, und man hat beinahe den Eindruck, als hätte man sich in Jalta auch in diesem Punkt nur sehr «grosso modo», nur über die ganz großen Züge verständigt — vielleicht aber auch, daß die Entwicklung in den letzten Wochen doch einen Verlauf genommen hat, der in seiner Raschheit alle Erwartungen übertraf, die man Anfang Februar in guten Treuen noch hegen mochte. Dabei wird man sich aber allgemein völlig klar sein, daß es sich hier um nichts weniger als ein durchaus *zentrales Problem* in der Entwicklung unseres neuen Europa handelt, und man wird deshalb vor allem gespannt sein, zu erfahren, wie weit gewisse abenteuerliche Pläne, wie z. B. der *Morgenthau-Plan*, in diesem Bereiche nun tatsächlich zur Durchführung kommen sollen. Wahrscheinlich ist vorläufig leider einzig die Prognose, daß sich die *Rivalitäten der siegreichen Großmächte* zu allererst gerade dieses Zentralproblems bemächtigen werden, und das eröffnet ganz allgemein wenig günstige Perspektiven für die Zukunft Europas. Bei der Frage, ob überhaupt eine *deutsche Zentralregierung* eingesetzt werden soll, mag vielleicht der eine oder andere des *Herrn v. Papen* gedenken, der, so hört man, einstweilen in einer komfortablen Villa in Frankreich den kommenden Dingen entgegenseht, und vielleicht auch entgegenarbeitet. Ubrigens wird sich nun, da das Besetzungsregime in Deutschland seinen Anfang genommen hat, auch das bereits wiederholt angedeutete Problem stellen, wie weit unter Umständen die Besatzungstruppen der Gefahr einer *antisemitischen Infektion* unterworfen sein werden — ein Problem, das freilich für die russische Besatzungszone kaum aktuell werden kann, weil dort eine ebenso starke wie schwere Hand dafür sorgen wird, daß solche Einflüsse bereits an der Wurzel ausgetilgt werden.

Wenn es auch nach unserer Überzeugung in der kommenden Zeit zu einem kriegerischen Konflikt unter den Siegermächten des zweiten Weltkrieges in Europa kaum kommen wird, so zeigt die letzte Entwicklung doch mit einer bedenklichen Anschaulichkeit, wie schwer die Differenzen sind, und daß sie durchaus die Tendenz haben, immer schwerer zu werden. Auffallend ist hier einmal, daß *das polnische Problem* einfach keine Lösung finden will. Man kann sich zwar nach Lage der Dinge etwas anderes kaum vorstellen, als daß dieses geprüfte Volk am Ende ohne große Vorbehalte — wenn auch in wortreicher diplomatischer Verbrämung — der russischen Einflußzone wird überantwortet werden. Davor schützt es eben leider nicht das *britisch-polnische Bündnis* vom Frühjahr 1939, dessen *Geheimprotokoll*, wie man weiß, zwar Grenzgarantien, aber nur in der Richtung auf Deutschland, vorsah. Diese freilich stehen tatsächlich nun eben nicht zur Debatte, nachdem den Polen voraussichtlich die Odergrenze ohne Einschränkung — mit Breslau, Frankfurt und Stettin — zufallen wird. Auch jener andere Punkt, wonach im Sinne dieses Geheimprotokolls die *Souveränität* einer Vertragspartei nicht präjudiziert werden sollte durch eine Verpflichtung, welche die andere Partei gegebenenfalls gegenüber Dritten eingehen würde, dürfte kaum eine besondere Schwierigkeit für eine Lösung im Sinne Rußlands in sich tragen, nachdem von Moskau bekanntlich andauernd behauptet wird, daß die Regierung von Lublin dem Willen des polnischen Volkes entspreche, anscheinend aber niemand gewillt und in der Lage ist, den Gegenbeweis an-

zutreten. Und am Ende läßt sich eben die Tatsache des Bestehens von *Einflußsphären der Großmächte* nicht dadurch aus der Welt schaffen, daß man sie bestreitet. So wie der *Mittelmeerraum* mit Griechenland und Italien und voraussichtlich auch mit der Iberischen Halbinsel der *englischen Zone* zuzurechnen ist, so wie die *Vereinigten Staaten* auf den Inseln und an den Küsten des *Pazifischen Ozeans* ihre Stützpunktpolitik verwirklichen werden (mag diese auch in San Francisco einigen Widerständen begegnen) — —in gleicher Weise unterliegt der *Osten Europas* nun bis zur Elbe der *Macht Rußlands*, und es dürfte diese Gewichtsverlagerung bei den westlichen Alliierten grundsätzlich und auf die Dauer kaum sehr ernsthaften Widerständen mehr begegnen. Dies gilt jedenfalls bis zur *Tschechoslowakei* einschließlich. Von dort ab ist die Lage unabgeklärt. Unabgeklärt ist nämlich in dieser Beziehung bis heute der ganze *Raum des Südostens*, und hier erhebt sich zuvorderst die *österreichische Frage* zu einem ernstlichen Konfliktpunkt, wie auch der Streitfall *Triest* in diesem Bereiche alle Beachtung anzieht. Im einen Fall, also in der Wiener Angelegenheit, sind die Russen offensichtlich wieder einmal bestrebt gewesen, eine vollendete Tatsache zu schaffen, und sie haben zu diesem Zwecke die Regierung des ältlichen, aber guten Herrn Dr. Renner in ihre Ämter gesetzt, während im anderen Bereiche der Marschall Tito in ziemlich brüsker Weise, und, wie immer, mit ihrer vollen Billigung, vorgeprellt ist. Was aber nun die Lage in Österreich betrifft, so haben es hier die westlichen Alliierten zweifellos in weitem Maße dem bewußt auffällig zähen *Widerstand der deutschen Wehrmacht* zu verdanken, wenn die Dinge nicht noch schlimmer geworden sind, wie es denn überhaupt in der letzten, dramatischen Periode dieses europäischen Krieges als sehr bemerkenswert beachtet werden mußte, in welchem Maße und mit welch' vielfältigen, oft drolligen Mitteln die deutsche Wehrmacht den Westmächten alle nur erreichbaren Bälle zuwarf. Am Ende ist es dann durchaus soweit gekommen, daß einfach jede Siegerpartei bestrebt war, sich *möglichst viele Pfänder* zu sichern für die kommenden Auseinandersetzungen, und heute geht es nun darum, diese Pfänder gegeneinander auszuhandeln, wohl nicht gerade zum Vorteil der davon betroffenen Länder und Gebiete. Und gerade den liebenswürdigen Österreichern wird es in diesen Tagen bestimmt reichlich seltsam zumute sein, da die Russen in Wien und im Wienerwald und in Grinzing und in St. Pölten, die Amerikaner in Salzburg, in Linz und in Braunau, die Franzosen in Bludenz und in Feldkirch stehen, und der Sender Vorarlberg französisch spricht.

Bemerkte man nun gerade in den letzten Tagen eine merkliche Versteifung der Haltung der Vereinigten Staaten gegenüber Rußland, so mag also dafür die polnische Frage sicher der Anlaß sein; allein diese Probleme sind zweifellos viel weiter gesponnen, und der amerikanische Widerstand wäre dann in weiteren Räumen zu verstehen. So wird Polen am Ende also wohl geopfert werden müssen; aber die Amerikaner scheinen deswegen nicht weniger entschlossen, *dem russischen Machtstreben* Grenzen zu setzen, und zwar, so hat es heute den Anschein, in den außeröstlichen Bereichen den europäischen Kontinents grundsätzlich genau so wie im Fernen Osten. Es ist dabei bemerkenswert, daß der amerikanische Widerstand gegen die russische Expansion gar nicht etwa nur aus der «kapitalistischen» Sphäre dieses Landes kommt, sondern weitgehend auch aus den Gewerkschaften. So muß heute auf der amerikanischen Seite die «*American Federation of Labor (A. F. L.)*» als ein Hauptelement jener Politik betrachtet werden, die sich den russischen Bestrebungen entgegensetzen will. Die Organisation des Herrn Green ist, im Gegensatz zu der anderen, der «*C. J. O.*» des Herrn Lewis, auch bestrebt, sich den Interessen des «*Internationalen*

Gewerkschaftsbundes» zu widersetzen, der ja vor kurzem mit viel Geräusch in London getagt hat und der stark unter russischem Einfluß steht. So hat sich die «A. F. L.» bisher stets geweigert, dem «Internationalen Gewerkschaftsbund» beizutreten, und ihrem Einfluß ist es auch zuzuschreiben, wenn die Stimme der in diesem Bunde vertretenen Gewerkschaften in San Francisco nur außerhalb der Konferenz gehört werden kann. Jedenfalls ist dieser offenbar vielfältig verankerte Widerstand in den Vereinigten Staaten gegenüber Rußland zu beachten, und er ist zweifellos ernster zu nehmen als jene abenteuerliche Idee, der man kürzlich in einer Pressekorrespondenz aus Italien begegnete, wo von einer alliierten Bewaffnung und Ausrüstung eines *neuen italienischen Heeres* gegen Jugoslawien und damit gegen Rußland die Rede war . . .

Die *Konferenz von San Francisco* bietet in ihren eigentlichen Konferenzarbeiten bis hierher kein besonderes Interesse. Man wird jedenfalls am besten tun, sein Urteil zu verschieben, bis ein endgültiger Paktentwurf vorliegt. Einstweilen ist es hingegen bezeichnend, daß genau wie beim Genfer Völkerbund jene Probleme weit mehr Beachtung finden, die am Rande der Konferenz spielen als die eigentlichen Konferenzarbeiten. Hier war indessen zu vermerken die *Mißstimmung Molotows gegenüber Argentinien* und der letzte russische Vorstoß gegen die strategischen Absichten der U. S. A. im Pazifik. Und doch besteht durchaus der Eindruck, als wolle man, was die Konferenz selbst betrifft, irgendwie zu einem ordentlichen Abschluß der Arbeiten kommen; wahrscheinlich steckt halt in der Äußerung ein richtiger Kern, die der britische Außenminister Eden kurz vor Beginn der Konferenz vor der Presse prägte: daß nämlich *die «V»-Waffen den Wunsch nach internationaler Sicherheit in erheblichem Maße gefördert hätten* . . .

Mit großem und durchaus lebendig empfundenem Interesse wird der Beobachter endlich die Wege verfolgen, welche das wiedererstandene *Frankreich* zur Bewältigung seiner ungeheuren Probleme beschreiten will. Unverkennbar ist sein Streben um die *Realisierung der Regionalpakte im Rahmen der «kollektiven Sicherheit»*, genau wie es vor 1939 der Fall war. Man vermerkte hier mit Interesse den Besuch zweier *Minister Australiens in Paris* um Mitte April, wo in dieser Richtung eine gleichlaufende Politik festgelegt wurde, wie sich überhaupt Australien und Neuseeland, in ähnlicher Weise wie Kanada, verstärkt zu einer eigenen Politik bekennen, ohne aber damit die großen Interessen der Britischen Gemeinschaft zu schädigen — eine Tatsache, die sich gerade in diesem Kriege mehrfach erwiesen hat. Eine gewisse *Unbestimmtheit* mag in der französischen Politik vielleicht insoweit erblickt werden, als das Verhältnis zu einem Deutschland der Zukunft in Frage steht. So hört man hier einesteils davon, daß Frankreich an einem *gefestigten und innerlich befriedeten Deutschland* alles Interesse habe, wie auch das *Verhalten der französischen Besatzungstruppen* bis hierher als beispielhaft zu bezeichnen ist. Andererseits wieder scheinen in gewissen französischen Kreisen doch scharfe Einbrüche in diese Politik erwogen zu werden — zu dieser Vermutung mag wenigstens kommen, wer die Pläne verfolgt, welche das neu erstandene 1915er *«Komitee für das linke Rheinufer»* in die Tat umsetzen will, und wo neben einer *definitiven Abtrennung des Rheinlandes* vom Deutschen Reich und der *«Rückkehr» des Saargebietes* zu Frankreich von der *Errichtung einiger Brückenköpfe* auf dem rechten Rheinufer und von der Schaffung eines *«rheinisch-westfälischen Staates»* die Rede ist. Will man den Versuch mit den Herren Dorten und Mathes nochmals wiederholen?

Zürich, den 14. Mai 1945.

Jann v. Sprecher.